

kontrollen an allen deutschen Grenzen ausgesprochen hatte⁷¹, scheint sie hier in der Tat einen Positionswechsel vollzogen zu haben.

Diffuser ist die sozio-ökonomische Ausrichtung der Partei. Der Gegensatz marktliberaler westdeutscher AfD-Landesverbände und konservativer ostdeutscher Verbände zeigt sich nur sehr bedingt, etwa wenn es um Privatisierungen geht. Ansonsten ist die sozio-ökonomische Ausrichtung nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Landesverbände zu einzelnen Themen nicht immer stringent. Auch dies wird durch die Positionsschätzungen wiedergespiegelt.

Abschließend muss nochmals auf die bereits angesprochenen Grenzen der Studie hingewiesen werden. Die Datenbasis der Auswertung bilden allein die Wahl-O-Mat-Fragen. Damit ist klar, dass die Ergebnisse zur Verortung der AfD beitragen können, dieses Bild mit den hier vorliegenden Ergebnissen jedoch keinesfalls vollständig ist. So kann sich die AfD – wie auch die anderen Parteien – unterschiedlich äußern. Dies betrifft sowohl die Themenauswahl insgesamt als auch die Schwerpunktsetzung auf den einzelnen Themenfeldern. Wenngleich ein konsistentes Antwortverhalten von Parteien bedingt erwartet werden kann, ist zusätzlich nicht auszuschließen, dass sich die AfD an anderer Stelle abweichend zu ihren Wahl-O-Mat-Antworten positioniert. Die Untersuchung einzelner Themenblöcke zeigt zwar auf, welche politischen Fragen im Einzelnen die geschätzte inhaltliche (Un)Ähnlichkeit von Parteien verursachen. Klar ist aber auch, dass andere wichtige Facetten wie die Tonalität der Programme oder inhaltliche Äußerungen jenseits der offiziellen Antworten – sei es in sozialen Medien oder in Reden zentraler Akteure – in der vorliegenden Analyse unberücksichtigt bleiben, die für das Gesamtbild einer Partei aber durchaus prägend sein können.

71 Vgl. Uwe Wagschal / Pascal König, a.a.O. (Fn. 16), S. 875.

Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?

Joel Rosenfelder

1. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland

Die Alternative für Deutschland wurde im Februar 2013 gegründet und hat sich seitdem intensiv weiter entwickelt – sowohl hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse, die sich trotz einiger Rückschläge stetig verbesserten, als auch in personeller und inhaltlicher Hinsicht. So verließen zentrale Akteure die AfD, und die Partei wurde zunehmend mit dem Vorwurf des Rechtspopulismus konfrontiert. In diesem Beitrag soll es um die Entwicklung der AfD zwischen Januar 2015 und Mai 2016 gehen, denn was vorher geschah, ist bereits ausreichend in der wissenschaftlichen Literatur dargestellt worden; außerdem kam es innerhalb

dieses Zeitraums zu vier bedeutenden Ereignissen: die Spaltung der Partei, die Flüchtlingskrise in Europa, die Landtagswahlerfolge der AfD im Frühjahr 2016 und die Verabschiebung des ersten Parteiprogramms im Mai 2016.¹

Mit *Bernd Lucke* verließ das ehemalige öffentliche Aushängeschild die Partei. Dem war ein langer partiointerner Richtungsstreit vorausgegangen, in dem die wirtschaftsliberalen Vertreter zunehmend an Einfluss verloren. Auf dem Bundesparteitag im Juli 2015 in Essen kam es schließlich zum offiziellen Machtwechsel, da *Lucke*, der Kandidat des wirtschaftsliberalen Lagers, bei der Wahl zum alleinigen Parteivorsitzenden der Vertreterin des national-konservativen Flügels, *Frauke Petry*, unterlag. Nach dem Parteitag trat der ehemalige Vorsitzende infolgedessen aus der AfD aus; mit ihm verließen innerhalb von zwei Wochen mehr als 2.000 Mitglieder die Partei und gründeten kurze Zeit später mit der „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) eine neue Partei.²

Die zweite bedeutende Veränderung seit Anfang 2015 bezieht sich auf die öffentliche Wahrnehmung der AfD vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen. Im Zuge der Flüchtlingsdebatte wurde sie immer mehr als „Anti-Einwanderungspartei“ wahrgenommen und veröffentlichte in diesem Zusammenhang im September 2015 das kritische „Thesenpapier Asyl“.³ Damit rückte auch das für den wirtschaftsliberalen Flügel bedeutsame Thema der Eurorettung in den Hintergrund, was sich auch in den Wahlkämpfen der im März 2016 anstehenden Landtagswahlen niederschlug. So konnte die AfD mit den Wahlerfolgen in Baden-Württemberg (15,1 Prozent), Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) und Sachsen-Anhalt (24,3 Prozent) überraschend hohe Stimmenanteile erzielen und wurde in Sachsen-Anhalt sogar zweitstärkste Kraft. Das vierte für die Entwicklung der Partei wichtige Ereignis war die Verabschiedung ihres ersten Grundsatzprogramms auf dem 5. Bundesparteitag am 30. April und 1. Mai 2016. Damit liegt das erste offizielle Dokument vor, das umfassend die Parteipositionen zu verschiedenen Themenfeldern wiedergibt.

Von Beginn an wurde die AfD im politikwissenschaftlichen Diskurs als teilweise euroskeptische Partei klassifiziert. So ist sie für *Kai Arzheimer* europapolitisch eher mit den britischen Tories vergleichbar als mit UKIP, dem französischen Front National oder der Freiheitlichen Partei Österreichs.⁴ *Robert Grimm* schließt sich dieser Einordnung an, da er in der Haltung der AfD vor allem eine wirtschaftspolitische Kritik an der Wirtschafts- und Währungsunion erkennt. Die Position der Partei basiere nämlich auf einer ordoliberalen ökonomischen Doktrin und sei daher „pro-European but anti-Euro“.⁵ Auch *Marcel*

- 1 Zur Vorgeschichte und der Entwicklung der AfD bis zum Jahr 2015 vgl. *Oskar Niedermayer*, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: *ders.* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175 – 207.
- 2 Seit November 2016 firmiert die ehemalige ALFA-Partei aufgrund eines verlorenen Rechtsstreits unter dem Namen „Liberal-Konservative Reformer“, vgl. „Alfa findet einen neuen Namen“, in: FAZ online vom 13. November 2016, <http://www.faz.net/-gpf-8ncsy> (Abruf am 14. Dezember 2016).
- 3 Vgl. *Frank Decker*, AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: APuZ, 65. Jg. (2015), H. 40, S. 27 – 32, S. 29.
- 4 Vgl. *Kai Arzheimer*, The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: West European Politics, 38. Jg. (2015), H. 3, S. 535 – 555, S. 552.
- 5 Vgl. *Robert Grimm*, The Rise of the German Eurosceptic Party Alternative für Deutschland, Between Ordoliberal Critique and Popular Anxiety, in: International Political Science Review, 36. Jg. (2015), H. 3, S. 264 – 278, S. 265 f.

Lewandowsky stimmt dieser Klassifizierung zu und fasst die Positionen der AfD auf Grundlage des Europawahlprogramms 2014 in drei Punkten zusammen: „Erstens: Abwicklung beziehungsweise Austritt aus der Eurozone. Die Kernforderung der Partei besteht im Wesentlichen darin, die Abschaffung der gemeinsamen Währung zu fordern [...]. Damit zusammenhängend spricht sich die AfD zweitens gegen Formen der Schulden- beziehungsweise Haftungsgemeinschaft auf europäischer Ebene aus [...]. Drittens plädiert sie auf institutioneller Ebene für die Rückverlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Nationalstaaten.“⁶ Zusammengefasst lässt sich sagen, dass vor dem Hintergrund der Entwicklungen bis Ende 2014 oder Anfang 2015 ein breiter wissenschaftlicher Konsens bestand, die Alternative für Deutschland als teilweise euroskeptisch einzuordnen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der wirtschaftspolitische Flügel nicht zuletzt aufgrund der zentralen Position von *Bernd Lucke* die offizielle Programmatik der AfD im Bundestags- und Europawahlprogramm 2013 und 2014 dominierte.⁷ So weisen einige Ereignisse darauf hin, dass sich der Euroskeptizismus der AfD verschärft hat: Die ursprüngliche Abgrenzung gegenüber der österreichischen FPÖ existiert nicht mehr, und auch die Verbindungen zum französischen Front National wurden intensiviert. Darüber hinaus trat die Europaabgeordnete *Beatrix von Storch* der EFDD-Fraktion bei, der auch die britische UKIP angehört, und *Marcus Pretzell* wechselte zum Front National und der FPÖ in die ENF-Fraktion.

Die AfD ist seit ihrer Gründung nie eine homogene Partei gewesen. *Alban Werner* spricht rückblickend von drei verschiedenen Strömungen, die sie von Beginn an prägten: einer wirtschaftsliberalen, einer national-konservativen und einer rechtspopulistischen.⁸ Der wirtschaftsliberale Flügel, geprägt vor allem durch die große Zahl an Ökonomen, die die AfD besonders hinsichtlich ihres kritischen Standpunkts zur Eurorettung unterstützten, hat durch den Austritt von zentralen Akteuren wie *Bernd Lucke* oder *Joachim Starbatty* mittlerweile massiv an Einfluss verloren. In letzter Zeit standen sich ein „gemäßigt konservativer und ein rechtkskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum äußeren rechten Rand gegenüber“⁹. Die Heterogenität der Partei manifestiert sich auch in der Verschiedenheit der Landesverbände. Generell reagierten die ostdeutschen Landesverbände oft zögerlich, wenn es um eine Abgrenzung nach rechts ging.¹⁰ Entsprechend kommt ein Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung auf Grundlage einer Analyse der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zu dem Ergebnis, dass die ostdeutsche AfD wesentlich deutlicher einen rechtspopulistischen Politikstil vorweise, während sich die westdeutschen Landesverbände moderater inszenierten und ein bürgerliches

6 Marcel Lewandowsky, Die Verteidigung der Nation. Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 39 – 52, S. 41 f.

7 Vgl. Frank Decker, Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik, in: ders. / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen, (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015, S. 75 – 90, S. 80.

8 Vgl. Alban Werner, Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg. (2015), H. 2, S. 83 – 90.

9 Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 267 – 285, S. 269.

10 Vgl. Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 1), S. 198.

Publikum ansprächen.¹¹ In Baden-Württemberg kandidierte der Wirtschaftsprofessor *Jörg Meuthen*, hingegen stand in Sachsen-Anhalt mit *André Poggenburg* einer der Initiatoren der Erfurter Resolution¹² zur Wahl. Dessen gutes Wahlergebnis verschaffte „dem Flügel“ auch innerparteilich größeres Gewicht. Neben den Ost-West-Unterschieden sind allerdings auch innerhalb einzelner Landesverbände unterschiedliche Strömungen anzutreffen, was der Fall um die antisemitischen Äußerungen des baden-württembergischen Abgeordneten *Wolfgang Gedeon* veranschaulicht. Dieser Vorfall führte zur Spaltung der AfD-Fraktion und stellt den Landesverband auch nach dem erneuten Zusammenschluss der Fraktion vor große Herausforderungen.

Angesichts dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Einordnung der AfD als rechtspopulistisch von Beginn an umstritten war. Einerseits mag dies an einer fehlenden konsensualen Definition von Rechtspopulismus liegen, andererseits kommen aber auch unterschiedliche Beobachter mit ähnlichen Theoriekonzepten zu verschiedenen Ergebnissen.¹³ *Oskar Niedermayer* spricht rückblickend auf die Bundestagswahl 2013 nicht von einer rechtspopulistischen Partei. Der AfD fehle das Charakteristikum der kulturellen Zugehörigkeit durch Abwertung der „Anderen“.¹⁴ Aber auch in aktuelleren Beiträgen sieht er die Einordnung der AfD als rechtspopulistische Kraft problematisch, denn damit werde die Bandbreite der Positionen innerhalb der Partei nicht verdeutlicht. Aus seiner Analyse der AfD-Wählerschaft geht zwar hervor, dass diese im Vergleich zu den Wählern der anderen größeren Parteien in deutlich stärkerem Maße von rechtsextremistischen Einstellungsmustern geprägt sei, dies jedoch nicht auf die Mehrheit der AfD-Wähler zuträfe.¹⁵ Ebenso will sich *Kai Arzheimer* nicht auf den Begriff des Rechtspopulismus festlegen. Er führt eine qualitative und quantitative Analyse des Europawahlprogramms durch und folgert daraus, dass die AfD zum damaligen Zeitpunkt keine Partei der populistischen radikalen oder gar extremen Rechten sei; vielmehr könne man das Wahlprogramm durchaus mit traditionellen CSU-Positionen vergleichen.¹⁶ Demgegenüber spricht eine wachsende Zahl von Autoren von einer rechtspopulistischen Partei. So bewertet beispielsweise *David Bebnowski* die AfD in seiner Monografie über die Akteure der Partei als „Resultat eines populistischen Zeitgeistes“ und spricht damit von einer populistischen Partei.¹⁷ Ebenso kommen die Autoren *Marcel Lewandowsky*, *Heiko Giebler* und *Aiko Wagner* in einer quantitativen Analyse zu

11 Vgl. *Alexander Hensel / Lars Geigel / Robert Pausch / Julia Förster*, Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20 (2016), https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf (Abruf am 16. Februar 2017).

12 Die Erfurter Resolution bezieht sich auf eine Initiative der Landesvorsitzenden *Björn Höcke* (Thüringen) und *André Poggenburg* (Sachsen-Anhalt) im Frühjahr 2015, um sich gegen eine befürchtete Annäherung an etablierte Parteien auszusprechen. Die Unterstützer dieser Resolution bildeten die nationalkonservative Opposition, die sich im machtinternen Richtungsstreit schließlich gegen die wirtschaftsliberalen Akteure um *Bernd Lucke* durchsetzten. Das Umfeld dieser Partei-strömung bezeichnet sich auch als „der Flügel“.

13 Vgl. *Marcel Lewandowsky*, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: *ZPol*, 25. Jg. (2015), H. 1, S. 119 – 134.

14 Vgl. *Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 1), S. 195.

15 Vgl. ders. / *Jürgen Hofrichter*, a.a.O. (Fn. 9), S. 282.

16 Vgl. *Kai Arzheimer*, a.a.O. (Fn. 4), S. 545 f.

17 *David Bebnowski*, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015, S. 33.

dem Ergebnis, dass die AfD im Vergleich zu den anderen deutschen Parteien eindeutig als rechtspopulistisch bezeichnet werden kann.¹⁸ Darüber hinaus wird vermehrt diskutiert, inwiefern einzelne Positionen innerhalb der AfD bereits rechtsextrem sind. So vergleicht Andreas Kemper die geschlechterpolitischen Positionen des AfD-Politikers Björn Höcke mit den familienpolitischen Positionen der NPD.¹⁹ Dieser stand jüngst erneut im Mittelpunkt der Diskussion, als sich eine Zweidrittelmehrheit des Bundesvorstandes für einen Parteiausschluss des thüringischen Landesvorsitzenden aussprach.²⁰

Es bleibt festzuhalten, dass die Gesamtausrichtung der AfD zunehmend mit dem Begriff des Rechtspopulismus in Verbindung gebracht wird und bereits diskutiert wird, inwiefern sie als rechtsextrem gelten kann. Die offizielle Programmatik der Bundespartei, wie sie im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 und zur Europawahl 2014 zum Ausdruck kam, wurde bislang allerdings nicht als rechtspopulistisch eingestuft.²¹

2. Definition von Euroskeptizismus und Rechtspopulismus

Der Begriff des Euroskeptizismus geht auf Paul Taggart zurück, der die weitestgehend akzeptierte Definition dieses Terminus verfasst hat.²² Darüber hinaus besteht allerdings weder wissenschaftlicher Konsens über eine konkrete Eingrenzung von Euroskeptizismus noch über eine einheitliche Kategorisierung dieses Phänomens. Aufgrund der einfachen Operationalisierbarkeit und ihrer weiten Verbreitung wird im Folgenden die Unterscheidung zwischen „soft eurosceptic“ (teilweise euroskeptisch) und „hard eurosceptic“ (strikt euroskeptisch) von Paul Taggart und Aleks Szczerbiak verwendet.²³ Ihrer Definition zufolge kann eine Partei als strikt euroskeptisch beschrieben werden, wenn es sich entweder um eine „single issue anti-EU party“ handelt oder wenn sie in ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der Europäischen Union betont, dass diese zu kapitalistisch, sozialistisch, neoliberal oder bürokratisch sei und aus diesem Grund eine fundamentale Neuverhandlung über die Bedingungen der Mitgliedschaft ihres Landes in der Union fordert. Als teilweise euroskeptisch hingegen wird eine Partei klassifiziert, wenn sich die Entwicklung der EU gegen deren Interessen, Politikinhalte oder Kernthemen wendet. Letztlich besteht der Unterschied zwischen beiden Kategorien somit darin, ob eine prinzipielle

18 Vgl. Marcel Lewandowsky / Heiko Giebler / Aiko Wagner, Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: PVS, 57. Jg. (2016), H. 2, S. 247 – 275, S. 265.

19 Vgl. Andreas Kemper, Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: Alexander Häusler (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 6), S. 81 – 98, S. 94.

20 Vgl. Justus Bender, Noch eine Zerreißprobe für die AfD, in: FAZ online vom 13. Februar 2017, <http://www.faz.net/-gpf-8uub5> (Abruf am 16. Februar 2017).

21 Vgl. Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 1), S. 194 f.

22 Vgl. Paul Taggart, A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary West European Party Systems, in: European Journal of Political Research, 33. Jg. (1998), H. 3, S. 363 – 388, S. 366.

23 Zur besseren Lesbarkeit werden im Folgenden statt der englischen Termini „soft“ und „hard eurosceptic“ die deutschen Begriffe „teilweise euroskeptisch“ und „strikt euroskeptisch“ verwendet. Der Inhalt deckt sich jedoch mit den Definitionen von Paul Taggart und Aleks Szczerbiak.

Opposition gegenüber der EU oder der europäischen Integration besteht oder ob dies nicht der Fall ist.²⁴

Während der Begriff des Euroskeptizismus schon umstritten ist, ist die Uneinigkeit in der wissenschaftlichen Debatte hinsichtlich einer Rechtspopulismus-Definition noch größer.²⁵ Darüber hinaus besteht beim Populismus die Problematik, dass es sich um einen wertgeladenen Begriff handelt, der oft als politischer Vorwurf artikuliert wird.²⁶ Hier soll Populismus in Anlehnung an *Jan-Werner Müller* weder als Anliegen klar identifizierbarer Schichten noch als emotionale Äußerung oder aufgrund einer geringen Qualität von Politik-Angeboten definiert werden, sondern anhand zweier Kriterien: einer Anti-Establishment-Haltung und einer Berufung auf das „wahre Volk“.²⁷ Die Anti-Establishment-Haltung bezieht sich auf die Vorstellung, dass die politische Elite korrupt, selbstüchtig und nur am Machterhalt orientiert sei, wobei innerhalb „der Elite“ keine Unterscheidung zwischen den Akteuren verschiedener Parteien vorgenommen wird.²⁸ Diese Eliten-Kritik eint alle Populisten; allerdings ist nicht jeder, der Eliten kritisiert, ein Populist. Folglich besteht in der Abgrenzung zum Establishment nur ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium für Populismus. Es muss noch eine weitere abgrenzende Haltung hinzukommen, die sich auf das der Elite vermeintlich gegenüberstehende Volk bezieht. Diese Berufung auf das „wahre Volk“ resultiert in einem „moralischen Alleinvertretungsanspruch“.²⁹ Der Kerngedanke dieser Haltung besteht darin, dass eine implizite Unterscheidung zwischen einer oder mehreren anderen Gruppen und dem „einzig wahren Volk“ getroffen wird. So wird auch innerhalb einer Bevölkerung keine Differenzierung vorgenommen, sondern diese trotz Interessenunterschieden, verschiedener Milieus oder Berufsgruppen als homogene Masse betrachtet.

Neben diesen beiden Kriterien für Populismus im Allgemeinen ist noch ein weiteres Merkmal anzuführen, das sich auf den Rechtspopulismus im Speziellen bezieht. *Karin Priester* unterscheidet zwischen Rechts- und Linkspopulismus anhand der Begriffe Exklusion und Inklusion. Ersterer sei demnach exklusiv, da er den Ausschluss von Menschen wie Asylbewerbern oder ethnischen Minderheiten betreibe.³⁰ In der Vorstellungswelt von Rechtspopulisten gehen die Eliten eine unheilige Allianz mit „parasitären Unterschichten“ ein, die ebenso wenig wie das Establishment dem „wahren Volk“ zuzurechnen sind.³¹

24 Vgl. *Paul Taggart / Aleks Szczerbiak*, Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe, in: *dies.* (Hrsg.), *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Volume 1: Case Studies and Country Surveys, Oxford 2008, S. 1 – 15, S. 7 f.

25 Zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Konzepte von Rechtspopulismus vgl. *Nikolaus Wenz*, Einleitung: Populismus und Populisten, in: *ders.* (Hrsg.), *Populismus: Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 7 – 14, S. 13; *Lars Rensmann*, Populismus und Ideologie, in: *Frank Decker* (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 59 – 80, S. 59; *Ernst Hillebrand*, Die populistische Herausforderung. Eine Einführung, in: *ders.* (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015, S. 7 – 11, S. 9.

26 Vgl. *Frank Decker*, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004, S. 21 ff.

27 Vgl. *Jan-Werner Müller*, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016.

28 Vgl. *Tim Spier*, Populismus und Modernisierung, in: *Frank Decker* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 25), S. 33 – 58, S. 37.

29 *Jan-Werner Müller*, a.a.O. (Fn. 27), S. 20.

30 Vgl. *Karin Priester*, Wesensmerkmale des Populismus, in: *APuZ*, 62. Jg. (2012), H. 5/6, S. 3 – 9, S. 3.

31 Vgl. *Jan-Werner Müller*, a.a.O. (Fn. 27), S. 43.

Rechtspopulismus ist also durch einen Alleinvertretungsanspruch charakterisiert, der eine Abgrenzung des einzig „wahren Volkes“ einerseits in vertikaler Dimension gegenüber den Eliten und andererseits in horizontaler Dimension gegenüber dem Fremden vornimmt.

3. Methodik und Datengrundlage der Untersuchung

Die folgende Untersuchung beruht auf einer qualitativen Inhaltsanalyse. Es werden offizielle Parteiprogramme der AfD im Sinne des Mayring-Verfahrens³² zusammengefasst und strukturiert, um dann anhand der beschriebenen Definitionen von Euroskeptizismus und Rechtspopulismus qualitativ analysiert zu werden. Dabei wird in der ersten Untersuchungshypothese angenommen, dass sich der Euroskeptizismus der AfD intensiviert hat, so dass im Vergleich zu der früheren teilweise euroskeptischen Position auf Grundlage des neuen Parteiprogramms von einer strikt euroskeptischen Partei gesprochen werden kann. Die zweite Untersuchungshypothese zielt auf die Frage nach dem Rechtspopulismus der Partei. Danach hat sich die AfD mittlerweile auch programmatisch zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt, da ihr eine Anti-Establishment-Haltung, eine Berufung auf das „wahre Volk“ und eine anti-pluralistische Sichtweise in ihren offiziellen Veröffentlichungen nachgewiesen werden können.

Die Auswahl des analysierten Materials geht auf einen Gedanken von *Cas Mudde* zurück. Er ist der Auffassung, dass bei der Frage nach dem Rechtspopulismus die heterogene Ausrichtung von Parteien berücksichtigt werden sollte. So sei Rechtspopulismus teilweise nur strategisch bedingt und von einzelnen Akteuren eingesetzt, ohne dass die gesamte Partei als solche mit diesem Terminus zu klassifizieren sei. Daher werde eine Partei am treffendsten durch die offiziellen Dokumente des Bundes- oder Nationalvorstands beschrieben.³³ Aus diesem Grund soll in der Analyse das neue Parteiprogramm der AfD im Zentrum stehen und zusammen mit dem Thesenpapier „Asyl“ und der Resolution „Asyl“ die Datengrundlage bilden. Das Grundsatzprogramm, das auf dem 5. Bundesparteitag am 30. April und 1. Mai 2016 in Stuttgart diskutiert und verabschiedet wurde, ist mit 95 Seiten das umfangreichste Dokument. Als erstes umfassendes Parteiprogramm löst es damit die eher knapp gehaltenen „Politischen Leitlinien“ als Vorläufer ab. Thematisch ist es in 14 Kapitel gegliedert und beinhaltet Stellungnahmen zur Demokratie, zu Europa, zur Sicherheits- und Außenpolitik bis hin zur Familien-, Kultur- und Einwanderungspolitik. Auch andere wichtige Politikfelder wie Bildung, Wirtschaft oder Steuern werden behandelt. Das Grundsatzprogramm ist wie die beiden anderen Dokumente erst nach dem Austritt Luckes veröffentlicht worden. Daher bieten diese eine gute Analysegrundlage für die Veränderung der Partei.³⁴ Das Thesenpapier Asyl wurde im September 2015 vom Bundesvorstand verabschiedet und macht vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit medial diskutier-

32 Vgl. *Philipp Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim / Basel 2015.

33 Vgl. *Cas Mudde*, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, S. 33 ff.

34 Vgl. Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 30. April/1. Mai 2016; https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Abruf am 17. Dezember 2016).

tierten Flüchtlingsprobleme Vorschläge, um das nach Angaben der Partei als solches empfundene „Asylchaos“ unter Kontrolle zu bringen.³⁵ Die Resolution Asyl wurde auf dem 4. Bundesparteitag am 29. November 2015 in Hannover – einem Parteitag mit 600 Delegierten, der sich insbesondere mit der neuen Satzung der Partei befasste – verabschiedet. In dem zweiseitigen Dokument fordert die AfD „eine Beschränkung des Asylrechts, Obergrenzen bei der Aufnahme von Asylbewerbern und eine Abschaffung des Familiennachzugs“³⁶.

Die Datengrundlage dieser drei neueren AfD-Dokumente besteht somit aus insgesamt 142 Seiten Material. Die darin enthaltenen Positionen sollen mit drei älteren AfD-Veröffentlichungen verglichen werden, um die Entwicklung der Partei hinsichtlich ihres Euroskeptizismus und Rechtspopulismus zu analysieren. Dabei handelt es sich mit dem Bundestagswahlprogramm 2013 und dem Europawahlprogramm 2014 sowie den Politischen Leitlinien um weitere 40 Seiten Material.

4. Die Entwicklung des Euroskeptizismus in der AfD

4.1. Deskription der programmatischen Aussagen

Die genannten AfD-Veröffentlichungen enthalten eine Vielzahl von Gedanken, die die europäische Integration in einem kritischen Kontext sehen. Hinsichtlich der europapolitischen Positionen ist insbesondere das zweite Kapitel „Europa und Euro“ des Grundsatzprogramms relevant, in dem sich die Partei umfassend diesbezüglich äußert. In der Kritik an der Europäischen Union spielt dabei der Souveränitäts- und Subsidiaritätsgedanke die zentrale Rolle. So gehören laut Auffassung der AfD beispielsweise die Gestaltung des Rechtsstaats und der Sozialsysteme in die nationale Verantwortung. In der Einleitung des Europa-Kapitels im Grundsatzprogramm macht die Partei zwar deutlich, dass sie die große Vielfalt der kulturellen Traditionen in Europa schätzt, aber einen zentralistischen europäischen Bundesstaat ablehne. Sie fordert stattdessen, „die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne“³⁷. Falls sich die grundlegenden Reformansätze der EU nicht verwirklichen ließen, strebe die Partei einen „Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an“³⁸. Die „schleichende Entdemokratisierung“ habe dazu geführt, dass die EU mittlerweile ein „undemokratisches Konstrukt“ geworden sei.³⁹ Dieses bedürfe aufgrund seiner „unkontrollierten Bürokratien“ einer grundlegenden Reform.⁴⁰

35 Vgl. Alternative für Deutschland, Thesenpapier Asyl. Mit Mut zu Deutschland das Asylchaos unter Kontrolle bringen, September 2015, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/09/15-09-10-Thesenpapier_LA.pdf (Abruf am 17. Dezember 2016).

36 Vgl. Alternative für Deutschland, Resolution Asyl. Beschluss des Parteitages vom 28. November 2015, www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/12/Resolution-Asyl.pdf (Abruf am 17. Dezember 2016).

37 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 16.

38 Ebenda, S. 16.

39 Ebenda, S. 16 f.

40 Ebenda, S. 17.

Auch schon in früheren Veröffentlichungen der AfD wird die Europäische Union auf eine kritische Art und Weise beschrieben. So forderte die Partei bereits im Bundestagswahlprogramm 2013 eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes, die Wiedereinführung nationaler Währungen und in diesem Zusammenhang eine Änderung der Europäischen Verträge, die den Mitgliedstaaten das Austreten aus dem Euroraum ermöglichen solle.⁴¹ Ebenso kritisierte die AfD bereits im Europawahlprogramm 2014 den Euro und die Nicht-einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das sie sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht in der damaligen Ausprägung der EU verletzt sah. Trotz ihrer Europakritik bekannte sich die Partei in dem Wahlprogramm allerdings „uneingeschränkt zu einer Europäischen Union [...], die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturreis es dauerhaft erhält“ und sah sich „der europäischen Idee verpflichtet“.⁴²

Die währungspolitische Position geht aus dem neuen Grundsatzprogramm klar hervor: „Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.“⁴³ Falls der Bundestag sich dieser Forderung nicht anschließen sollte, spricht sich die AfD für eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone aus. Sie begründet diese Position mit der Auffassung, dass die Einführung des Euros von Anfang an ein rein politisches Projekt gewesen sei und es aufgrund der wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unterschiede innerhalb der heutigen Eurozone keine Grundlage für einen gemeinsamen Währungsverbund gäbe.⁴⁴ Durch die Festbeschreibung der nationalen Währungen und der einheitlichen Zinssätze seien den Staaten marktwirtschaftlich notwendige Korrektive genommen worden. Mittlerweile sei die Gemeinschaftswährung nicht mehr überlebensfähig. Laut Auffassung der Partei findet seit einigen Jahren eine „Euro-Dauerrettung“ durch EZB-Käufe, das Europäische Finanzaufsichtssystem, den Europäischen Stabilitätsmechanismus oder die Bankenunion statt. Diese würden jedoch lediglich die Symptome behandeln, anstatt die Ursachen zu beheben. In der Präambel des Grundsatzprogramms spricht die AfD dabei sogar von einem „Regime der EURO-Rettung“, das längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen lasse.⁴⁵ Auch die „deutsche Haftung für ausländische Banken“ wird kritisiert. Sie fordert daher, „die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen“⁴⁶. Damit wendet sich die AfD gegen eine europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken aus Bankgeschäften und gegen die Haftung des deutschen Staates für politische Verfehlungen anderer europäischer Staaten. Zudem lehnt sie auch die Maßnahmen, die unter den Stichworten „Bankenunion“ und „europäische Einlagensicherung“ geplant sind, ab und verlangt, die Bankenaufsicht vollständig in nationale Hände zu legen.⁴⁷

41 Vgl. Alternative für Deutschland, Bundestagswahlprogramm 2013, www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2013/05/2013_Wahlprogramm.pdf (Abruf am 17. Dezember 2016), S. 1.

42 Alternative für Deutschland, Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, <http://www.alternativefuer.de/wpcontent/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> (Abruf am 17. Dezember 2016), S. 2.

43 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 18.

44 Vgl. ebenda, S. 18.

45 Ebenda, S. 6.

46 Ebenda, S. 21.

47 Vgl. ebenda, S. 21.

Diese Kritik begründet sie ebenso wie auch die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik mit Verweis auf die Einhaltung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.⁴⁸

Auch in den früheren Dokumenten, wie dem Bundestagswahlprogramm, ist die AfD der Auffassung, dass Deutschland den Euro nicht brauche.⁴⁹ Im Europawahlprogramm spricht sie sogar davon, dass die Europäische Union durch den Euro gefährdet sei. Hinsichtlich der Eurorettungspolitik sieht man das Subsidiaritätsprinzip verletzt und befürchtet finanzielle Folgen für die deutschen Steuerzahler.⁵⁰ Daher plädiert die Partei „für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro“ und würde im Falle eines Ausscheidens Deutschlands für eine europäische Währungszusammenarbeit wie im früheren Europäischen Währungssystem eintreten.⁵¹ Darüber hinaus übt sie scharfe Kritik an den Banken und lehnt „jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab“⁵².

Die AfD schreibt in ihrem Grundsatzprogramm, dass sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament des deutschen Staates als Fiktion herausgestellt habe. Um die Souveränität wiederherzustellen, sollten Volksabstimmungen eingesetzt werden. So würde der vermeintlich undemokratischen Abgabe nationaler Souveränität an internationale Organisationen wie die Europäische Union zukünftig durch die Mitbestimmung der Bürger ein Riegel vorgeschoben.⁵³ An vielen Stellen im Grundsatzprogramm wird die Forderung nach einer Renationalisierung der europäischen Befugnisse laut, Kompetenzen sollten an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Sie wirft den „politischen Eliten“ vor, „die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln“ und erkennt in deren Bestrebungen die „Vision eines europäischen Großstaates“.⁵⁴ Sie begründet ihren Vorbehalt mit der Befürchtung, dass Deutschland seine nationale Souveränität verlöre und ist der Ansicht, dass die Europäische Union nicht in der Lage sei, viele Aspekte des Gemeinwohls zu garantieren: „Nur die nationalen Demokratien [...] vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzzäume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheit.“⁵⁵ Anders als die aktuelle Form der EU bewertet die AfD die ehemalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft positiv. Diese habe Jahrzehntelang zu Frieden und Prosperität in Europa beigetragen. Für die spätere Kompetenzerweiterung sieht die Partei allerdings keine vertragsrechtliche Grundlage und beurteilt die wahrgenommenen Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, als „irrational“ und „nicht Zukunftsfähig“. Dabei weist sie darauf hin, dass viele europäische Organe wie der Ministerrat, die EU-Kommission und das Europäische Parlament nicht ausreichend demokratisch legitimiert seien.⁵⁶ Dennoch spricht sich die AfD dafür aus, „in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln“⁵⁷. Allerdings dürften die Nationalstaaten dabei nicht in ihrer Souveränität und ihrer demokratischen und rechtlichen Mitwirkung eingeschränkt

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 67.

⁴⁹ Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 41), S. 1.

⁵⁰ Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 42), S. 3 ff.

⁵¹ Ebenda, S. 5.

⁵² Ebenda, S. 2.

⁵³ Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 8 f.

⁵⁴ Ebenda, S. 17.

⁵⁵ Ebenda, S. 17.

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 17 f.

⁵⁷ Ebenda, S. 18.

werden. Daher lehnt die Partei eine formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Form der GASP sowie den gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst ab und setzt sich stattdessen für multi- und bilaterale Abkommen ein. In diesem Zusammenhang denkt sie an ein „flexibles Netzwerk europäischer Staaten, an dem jeder europäische Staat jeweils nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann“⁵⁸.

Die Forderung der AfD nach Souveränität und Subsidiarität ist bereits 2013 zu erkennen. So sprach sich die Partei im Bundestagswahlprogramm zwar für ein „Europa souveräner Staaten“ aus, forderte allerdings, dass Gesetzgebungskompetenzen zurück auf die nationale Ebene verlagert werden. Zudem machte sie sich für eine Reform der Europäischen Union stark und betonte dabei, dass jede deutsche Bundesregierung an die Europäischen Verträge gebunden sei. Darüber hinaus wollte sie die Brüsseler Bürokratie abbauen, wobei sie eine Parallele zu den politischen Forderungen des damaligen britischen Premierministers *David Cameron* zog.⁵⁹ Auch im Europawahlprogramm forderte die Partei den Abbau der europäischen Bürokratie. Darüber hinaus kritisierte sie eine vermeintliche Fremdbestimmung durch die Troika und einen unverhältnismäßigen Eingriff in ethisch-moralische Fragen von Seiten der Union. Daher sprach sich die Partei sowohl für ein „schlankeres als auch für ein demokratischeres Europa“ aus, das mittels der Einhaltung des Souveränitätsprinzips und durch mehr direkte Demokratie in Form von Volksentscheidungen nach Schweizer Vorbild verwirklicht werden sollte.⁶⁰

Die AfD lehnt EU-Beitritte nichteuropäischer Staaten in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 aus kulturellen und geographischen Gründen ab. So kommt beispielsweise der Beitritt der Türkei per se nicht in Frage.⁶¹ Neben der kritischen Haltung gegenüber einer vertieften europäischen Integration vertritt die Partei auch eine restriktivere Einwanderungs- und Asylpolitik. So kritisiert sie, dass die Personenfreizügigkeit zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU – aus den ärmeren Staaten in die reichereren wie Deutschland – geführt habe. Um den „Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems zu verhindern“, forderte die AfD daher eine „umfassende und durchgreifende Neuausrichtung des europäischen Rechts“.⁶² Ziel sei es, eine direkte Einwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern. So solle allen EU-Mitgliedsländern die Möglichkeit eröffnet werden, Sozialleistungen von einer früheren versicherungspflichtigen Beschäftigung abhängig zu machen.⁶³ Darüber hinaus bewertet die AfD die gesamteuropäische Asylpolitik als gescheitert.⁶⁴ Im Europawahlprogramm 2013 trat die Partei noch „für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein“ und bejahte „sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit“⁶⁵. Konkret forderte sie eine „qualifizierte Zuwanderung“ und lobte das Vorbild des kanadischen Punktesystems.

58 Ebenda, S. 18.

59 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 41), S. 1.

60 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 42), S. 9 f.

61 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 18.

62 Ebenda, S. 61 f.

63 Vgl. ebenda, S. 61.

64 Vgl. ebenda, S. 59.

65 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 42), S. 15.

4.2. Analyse: Entwicklung zu einer strikt euroskeptischen Partei?

Wie bereits dargestellt, findet die Klassifizierung der früheren Positionen der AfD als teilweise euroskeptische Partei breiten Konsens in der wissenschaftlichen Debatte. Die Analyse des Bundestagswahlprogramms 2013 sowie des Europawahlprogramms 2014 bestätigt diese Einstufung. Viele Positionen aus diesen früheren Dokumenten finden sich auch im neuen Grundsatzprogramm wieder. So spricht sich die Partei strikt gegen eine Transferunion und einen zentralisierten Europastaat aus und plädiert für eine Auflösung des Euro-Währungsgebietes oder für Deutschlands Ausscheiden aus dem Euro. Unverändert von großer Bedeutung sind der Souveränitäts- und der Subsidiaritätsgedanke, um Kritik an der Tiefe der europäischen Integration zu üben. All diese europapolitischen Positionen sind als teilweise euroskeptisch einzustufen, da zwar die EU kritisiert wird, aber keine prinzipielle oder fundamentale Opposition gegenüber dem Projekt der europäischen Integration zu erkennen ist.

Dennoch ist festzustellen, dass die AfD ihre Reformforderung deutlich intensiviert hat. Während sich die Partei im Bundestagswahlprogramm 2013 lediglich für eine Reform der EU stark machte oder im Europawahlprogramm 2014 für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten plädierte, fordert sie in ihrem neuen Grundsatzprogramm, „die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne“⁶⁶. Diese Haltung ist den älteren Parteidokumenten nicht zu entnehmen. Heute fordert die AfD eine fundamentale Veränderung des Projekts der europäischen Integration, die die Renationalisierung einzelner Kompetenzen wie der Währungsunion massiv übersteigt. Diese drastisch gestiegene Intensität der Reformforderung wird durch den möglichen Austritt aus der Europäischen Union noch weiter verstärkt. In den älteren offiziellen Dokumenten hatte die AfD an keiner Stelle ein Ausscheiden aus der Europäischen Union ins Spiel gebracht. Im Gegensatz dazu droht die Partei nun im Grundsatzprogramm offen mit einem EU-Austritt. Es wird die klare Forderung nach einer fundamentalen Neuverhandlung über die Europäische Union erhoben, wodurch der AfD die Entwicklung zu einer strikt euroskeptischen Partei zu bescheinigen ist. Zusammenfassend lässt sich daher die erste These, dass sich der Euroskeptizismus der AfD seit ihrer Gründung verstärkt hat und aus einer teilweise euroskeptischen eine strikt euroskeptische Partei wurde, bestätigen.

5. Die Entwicklung des Rechtspopulismus in der AfD

5.1. Deskription der programmatischen Aussagen

In der Präambel ihres Grundsatzprogramms versteht sich die AfD als „eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als ‚alternativlos‘ zumuten zu können“⁶⁷. In diesem Zusammenhang verspricht sie, „den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger [zu] stellen“, da diese inzwischen ein ungutes Eigenleben entwickelt hätten.⁶⁸ Die

⁶⁶ Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 16.

⁶⁷ Ebenda, S. 6.

⁶⁸ Ebenda, S. 6.

Machtverteilung entspräche nicht mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung, da eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien heimlicher Souverän im Politikbetrieb geworden sei. Es gebe eine „politische Klasse“ von Berufspolitikern „deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen“ gelte.⁶⁹ Die AfD trete daher für Volksentscheide nach Schweizer Vorbild ein, um die Abgabe nationaler Souveränität über die Köpfe der Bürger hinweg zu beenden. Zudem fordert sie, die „Partieibuchwirtschaft“ zu beenden und „Ämterpatronage“ unter Strafe zu stellen. Eine weitere Lösung sieht sie in der Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern.⁷⁰ Auch mit Blick auf die EU kritisiert die Partei die politischen Eliten, die jenes Projekt „gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen“ wollen.⁷¹ Zudem nimmt die AfD die EU als fremde Bevormundung wahr, da deren Politik „von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird“⁷². Im Thesenpapier Asyl spricht die AfD von einer „Integrations-Industrie“, die von den Transferleistungen im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung profitierte.⁷³ Auf ähnliche Weise wird diese Kritik im Grundsatzprogramm laut: „Im Gefolge der Massenzuwanderung ist eine kartellähnliche Migrationsindustrie entstanden, die vielerorts die Preise diktiert.“⁷⁴ In energiepolitischer Hinsicht beschwert sich die AfD sowohl über die politischen Vertreter als auch über die wirtschaftlichen Profiteure, die die Energiewende eingeleitet hätten und von dieser profitierten, da sie die erforderlichen Kosten verschweigen würden.⁷⁵ Darüber hinaus wird insbesondere hinsichtlich des Themas Asyl und Einwanderung ein „ideologisch vergiftetes Klima der politischen Korrektheit“ in Deutschland gesehen, das eigentlich ein Merkmal totalitärer Staaten sei.⁷⁶ Des Weiteren kritisiert die AfD, dass es aus politischen Gründen keine Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund von Straftätern oder Tatverdächtigen gebe.⁷⁷

In ihrem Europawahlprogramm merkte die Partei bereits 2014 an, dass die EU nicht „von oben herab erzwungen“ werden dürfe⁷⁸ und forderte Maßnahmen zur Eindämmung des „überbordenden Lobbyismus in der EU“⁷⁹. Darüber hinaus übte die Partei Kritik an den „Altparteien“ und den Regierungen der Euro-Gruppe, die die Wahrheit der Euro- und Bankenrettung immer wieder verschleiert hätten.⁸⁰ Dabei kam sie zu folgendem Fazit: „Noch nie haben nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Politiker so viele Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet, wie es seit Mai 2010 zur Erhaltung der Einheitswährung der Fall ist.“⁸¹ Zudem stellte die Partei die Forderung auf, „dass auch Auffassungen, die abseits vom Meinungskorridor der etablierten Parteien liegen, angemessen in der Berichterstattung

69 Ebenda, S. 8.

70 Vgl. ebenda, S. 9 ff.

71 Ebenda, S. 17.

72 Ebenda, S. 17.

73 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 35), S. 6.

74 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 64.

75 Vgl. ebenda, S. 61.

76 Ebenda, S. 58.

77 Vgl. ebenda, S. 64.

78 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 42), S. 3.

79 Ebenda, S. 11.

80 Vgl. ebenda, S. 23 ff.

81 Ebenda, S. 25.

der Medien Platz finden“ sollten.⁸² So behindere die „political correctness“ zunehmend einen offenen Diskussionsprozess.⁸³ Auch kritisierte sie schon damals eine vermeintliche „überbürokratische Bevormundung der Bürger“⁸⁴.

Als ein wichtiges Anliegen wird beschrieben, die kulturellen und regionalen Traditionen zu schützen. Auch in der Resolution Asyl weist die AfD darauf hin, dass die Aufgabe des Staates darin bestehe, „zum Schutz der nationalen Identität zu wirken“⁸⁵. In diesem Zusammenhang bekennt sich die Partei in ihrem Grundsatzprogramm zur traditionellen Familie als Leitbild und will durch eine höhere Geburtenrate die einheimische Bevölkerung stärken. Dabei spricht sie sich gegen eine „volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung“ aus, die „hauptsächlich islamischen Staaten“ entstamme.⁸⁶ Ihre ablehnende Haltung begründet die Partei mit dem Verweis auf die Erfahrungswerte der letzten Jahre, welche gezeigt hätten, dass muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen würden. Auch sieht sie die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften bilden und der soziale Zusammenhalt sowie die öffentliche Sicherheit durch die Ausbreitung der „konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften“ erodieren könnten.⁸⁷

Da Deutschland laut der AfD zu den großen europäischen Kulturnationen gehört, bekennt sich die Partei zur deutschen „Leitkultur“, die sie in den religiösen Überlieferungen des Christentums, der wissenschaftlich-humanistischen Tradition und dem römischen Rechtsverständnis begründet und von einer Ideologie des Multikulturalismus bedroht sieht. Darüber hinaus wird die deutsche Sprache als zentrales Element deutscher Identität aufgefasst, die im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen sei.⁸⁸ Im Islam erkennt die Partei ein Spannungsverhältnis zur deutschen Werteordnung und fordert daher, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und die Werte der deutschen Kultur Schranken zu setzen. Der Islam gehöre demnach nicht zu Deutschland. In der ständig wachsenden Zahl von Muslimen in Deutschland sieht die AfD „eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“⁸⁹. Folglich will die Partei verhindern, „dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren“⁹⁰. Sie fordert, dass Kritik am Islam erlaubt sein müsse und dass predigende Imame einer staatlichen Zulassung bedürften. Diese müssten abgesehen von der Koranzitation in deutscher Sprache predigen. Ferner lehnt die Partei Minarett und den Muezzinruf als islamisches Herrschaftssymbol ab, da diese „im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen [stehen], das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren“⁹¹. Islamische Organisationen sollen nicht den Status einer Körperschaft

⁸² Alternative für Deutschland, Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf (Abruf am 17. Dezember 2016), S. 8.

⁸³ Ebenda, S. 5.

⁸⁴ Ebenda, S. 7.

⁸⁵ Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 36), S. 1.

⁸⁶ Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 41 f.

⁸⁷ Ebenda, S. 42.

⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 46 f.

⁸⁹ Ebenda, S. 49.

⁹⁰ Ebenda, S. 49.

⁹¹ Ebenda, S. 50.

des öffentlichen Rechts erhalten, die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und das Kopftuch im öffentlichen Dienst verboten werden. In bildungspolitischer Hinsicht kritisiert die AfD eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Schulunterricht. Es dürfe keine ideologische Beeinflussung durch Gender-Mainstreaming in der Schule geben, die das traditionelle Familienbild zerstören könnte. Außerdem lehnt die Partei „Sonderrechte für muslimische Schüler“ ab und fordert eine Schließung von Koranschulen, solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen habe, da sonst die unkontrollierbare Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination bestehe.⁹²

Bereits in der Resolution Asyl positioniert sich die AfD restriktiv: Das Recht auf Asyl sei ein Individualrecht, das „nicht kollektiv und pauschal ganzen Gruppen oder Völkern zugesprochen werden“ könne.⁹³ Sie fordert, den Familiennachzug zu beschränken, auszusetzen oder gänzlich abzuschaffen. Diese Maßnahmen sind darin begründet, dass die Partei von einer zu hohen Zahl von Asylsuchenden in Deutschland ausgeht.⁹⁴ Im Thesenpapier Asyl spricht sich die AfD ebenfalls für einen restriktiveren Umgang mit der wahrgenommenen „Masseneinwanderung“ aus. Das Recht, in Deutschland Asyl zu beantragen, sei aufzuheben und in den deutschen Botschaften der jeweiligen Herkunftslander geltend gemacht werden.⁹⁵ Auch im Grundsatzprogramm äußert sich die Partei kritisch zu Einwanderung und Asyl. So versteht die AfD Deutschland nicht als Einwanderungsland und schon gar nicht sollte die Bundesrepublik das Ziel einer „Masseneinwanderung“ verfolgen, da dies eine Einwanderung in die Sozialsysteme und in den Niedriglohnsektor bedeute. Sie spricht von der „unaufhaltsamen Besiedlung Europas“ aus anderen Kulturen und Weltteilen, was die Gefahr eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kultur in sich berge.⁹⁶ Jeder Einwanderer stehe in einer tiefen „Bringschuld“ und habe folglich eine Assimilation als weitestgehende Form der Integration anzustreben.⁹⁷ Daraüber hinaus wird im Parteiprogramm eine Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität hergestellt: „Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer.“⁹⁸ Daher müsse die organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpft und statt des Täterschutzes der Opferschutz gestärkt werden.⁹⁹ Hinsichtlich der Frage nationaler Identität nimmt die AfD oftmals Bezug auf das deutsche Volk, dessen Willen sie zu erkennen glaubt. So wirft sie beispielsweise den politischen Eliten wegen des Festhaltens am Euro vor, gegen den Willen der Mehrheit der Bürger zu handeln.¹⁰⁰ Dies wiederholt sich in Bezug auf ganz Europa, da die politischen Akteure der EU den „offenkundigen Mehrheitswillen der Völker der EU“ nicht befolgten.¹⁰¹ Im Grundsatzprogramm bezeichnet sich die AfD zudem als „Partei des gesunden Menschenverstandes“.

In ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 war die Partei hinsichtlich der Integrationspolitik noch der Auffassung, dass Deutschland eine qualifizierte Zuwanderung brauche. Allerdings dürfe es keine „ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ geben, weshalb

92 Ebenda, S. 55.

93 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 36), S. 1.

94 Vgl. ebenda, S. 1 f.

95 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 35), S. 2.

96 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 34), S. 58 f.

97 Ebenda, S. 63.

98 Ebenda, S. 27.

99 Vgl. ebenda, S. 26.

100 Vgl. ebenda, S. 19.

101 Ebenda, S. 17.

man sich schon damals für ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild einsetzte. Darüber hinaus müssten „ernsthaft politisch Verfolgte“ in Deutschland Asyl und ebenso eine Arbeit finden.¹⁰² In den Politischen Leitlinien bekannte sich die AfD ebenfalls zum Asylrecht und sah es als eine Pflicht an, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Ähnlich wie im Bundestagswahlprogramm sprach sie sich gegen eine „Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ aus.¹⁰³ Auch im Europawahlprogramm 2014 hieß es, dass humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge unbedingt zu gewährleisten sei und falls möglich „heimatnah“ geschehen sollte.¹⁰⁴

5.2. Analyse: Entwicklung zu einer rechtspopulistischen Partei?

Hinsichtlich der Frage nach dem Rechtspopulismus gilt es zu untersuchen, inwiefern die rechtspopulistischen Elemente der Partei zugenommen haben, sodass alle drei Kriterien – eine Anti-Establishment-Haltung, eine Berufung auf das „wahre Volk“ und eine anti-pluralistische Sichtweise – erfüllt sind und sie auf Grundlage ihrer Programmatik als rechtspopulistische Kraft zu klassifizieren ist. Die hier vorgenommene Analyse der früheren Dokumente der AfD deckt sich weitestgehend mit den Ausführungen von *Oskar Niedermayer* und *Kai Arzheimer*. Im Bundestagswahlprogramm 2013 übte die AfD zwar Kritik an der Brüsseler Bürokratie, wies auf die machtvolle Stellung von Parteien im politischen System der Bundesrepublik hin und sprach davon, dass im Zuge der Eurorettungspolitik den Bürgern bewusst Sand in die Augen gestreut werde. Allerdings lässt sich in keiner Formulierung eine klare Anti-Establishment-Haltung erkennen, und es findet sich weder eine Berufung auf das „wahre Volk“ noch eine anti-pluralistische Sichtweise – die drei oben herausgearbeiteten Kriterien für Rechtspopulismus. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie durch Volksabstimmungen und eine restriktivere Positionierung in der Zuwanderungspolitik reichen nicht aus, um die AfD aufgrund ihres Bundestagsprogramms als rechtspopulistische Partei einzustufen. Im Gegensatz zu *Kai Arzheimer* wird hier allerdings die Auffassung vertreten, dass eine dezente Eliten-Kritik, wenn auch keine umfassende Anti-Establishment-Haltung, bereits im Europawahlprogramm 2014 zum Vorschein kommt. So werden die Entscheidungen im Zuge der Eurorettungspolitik als „von oben herab erzwungen“ kritisiert, die Eindämmung des „überbordenden Lobbyismus“ in der EU gefordert und die anderen politischen Kräfte mehrfach als „Altparteien“ bezeichnet. Darüber hinaus äußerte die AfD in dem Wahlprogramm die Auffassung, dass seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele Politiker Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet hätten, wie es seit Mai 2010 im Zuge der Eurorettung der Fall gewesen war. Hier wird mindestens in Ansätzen bereits eine Anti-Establishment-Haltung deutlich. Auch hinsichtlich des antipluralistischen Elements lässt sich eine Entwicklung der AfD hin zum Rechtspopulismus erkennen, ohne der Partei diesen aufgrund des Europawahlprogramms umfassend zuschreiben zu können. Ein Indiz dafür ist die restriktivere Positionierung in Fragen der Einwanderungspolitik. Auch in den Politischen Leitlinien vertrat die Partei ähnliche Haltungen.

102 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 41), S. 2.

103 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 82), S. 11 f.

104 Vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 42), S. 16.

Dennoch ist *Arzheimer* insgesamt zuzustimmen, dass der Partei 2014 wesentliche Elemente fehlten, um ihr anhand ihrer Programmatik Rechtspopulismus nachzuweisen. Anders stellt sich die Lage nach Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms dar:

(1) Eine Kritik der AfD an den politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Eliten sowie anderen Teilen des Establishments findet in vielerlei Hinsicht statt. Im Grundsatzprogramm spricht die Partei von einer kleinen Gruppe als „heimlichem Souverän“ des Politikbetriebs und einem „politischen Kartell“, das sich vor allem um den eigenen Macht-erhalt und sein materielles Wohlergehen kümmere. Die Formulierung „politische Klasse“, die *Arzheimer* im Europawahlprogramm vermisst, findet sich im Grundsatzprogramm gleich drei Mal wieder. Auch im Zusammenhang mit der EU kritisiert die AfD die „Brüsseler Elite“. Im Vergleich zu den älteren Wahlprogrammen fällt diese Kritik deutlich schärf-fer aus. So wirft die Partei den europäischen Akteuren vor, den offenkundigen Mehrheits-willen der Völker zu missachten.

(2) Die AfD beruft sich in ihrem Grundsatzprogramm auf das „wahre Volk“. So behauptet die Partei, den offenkundigen Mehrheitswillen des Volkes zu kennen, da sie den politi-schen Eliten vorwirft, diesen zu missachten. Darüber hinaus bezeichnet sie sich als „Partei des gesunden Menschenverstandes“, was laut *Karin Priester* als das zentrale Muster für popu-listische Parteien gilt. Auch die Diskrepanz, die die AfD zwischen den Bürgern und der Politik erkennt, beinhaltet eine Berufung auf das „wahre Volk“. So habe sich die Kluft zwis-schen dem Volk und der politischen Klasse vergrößert und die Elite habe sogar versucht, den Einfluss des Volkes zu minimieren. Des Weiteren findet im Grundsatzprogramm eine Homogenisierung des Volkes statt. Insbesondere im siebten Kapitel, das sich mit Kultur, Sprache und Identität befasst, bezieht sich die Partei oft auf „unsere“ Kultur, Identität, Werteordnung etc. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die AfD durch die Betonung der nationalen Identität, die Kritik an der Kluft zwischen den politischen Eliten und dem Volk sowie dessen Homogenisierung das Populismus-Kriterium der vertikalen Abgrenzung ein-deutig erfüllt.

(3) Das neue Grundsatzprogramm der AfD enthält im Gegensatz zum Bundestags- und Europawahlprogramm klare anti-pluralistische Haltungen. Während sie im Europawahl-programm zum Thema Islam noch vollständig schweigt – und durch diesen deutlichen Unterschied zu rechtspopulistischen Parteien in Europa von vielen Beobachtern in der Ver-gangenheit nicht als solche klassifiziert wurde –, bildet dies auf dem 5. Bundesparteitag 2016 in Stuttgart zusammen mit dem Thema Einwanderung den zentralen Inhalt der De-batte. So spricht sich die AfD gegen den Bau von Minaretten und gegen den Muezzinruf aus, wodurch sie die islamische Religionsausübung einzuschränken versucht. Zudem sieht sie im Islam aufgrund einer fehlenden Reformation eine unkontrollierbare Gefahr. Auch beim Thema Einwanderung übt die AfD scharfe Kritik. Während die einwanderungspoli-tischen Inhalte im Bundestags- und Europawahlprogramm von wirtschaftsliberalen Nütz-lichkeitserwägungen getragen wurden¹⁰⁵, ist dies in den neuen Dokumenten nicht mehr der Fall. Dort fordert die Partei, den Familiennachzug zu beschränken oder ganz abzuschaf-fen. Auch findet sich in der Auffassung, dass die großzügige Asylgewährung die Gefahr ei-nes schlechenden Erlöschens der europäischen Kulturen mit sich bringe, eine klare anti-pluralistische Sichtweise wieder. Ebenso trifft dies auf die Herstellung der Verbindung

105 Vgl. *Alban Werner*, a.a.O. (Fn. 8), S. 87.

zwischen organisierter Kriminalität und Einwanderung zu. Durch die Vielzahl der einschlägigen Elemente im Grundsatzprogramm der AfD sowie in den anderen neueren Dokumenten ist sie als rechtspopulistische Kraft einzuordnen. Die rechtspopulistischen Positionierungen haben im Vergleich zu den früheren Dokumenten, die lediglich einzelne Äußerungen beinhalteten, nicht nur stark zugenommen, sondern sind umfassend hinsichtlich aller drei Kriterien vorhanden.

6. Fazit: eine strikt euroskeptische und rechtspopulistische Partei

In der Gesamtschau kann erstens die Frage, ob sich die AfD zu einer rechtspopulistischen Partei nach der Definition von *Jan-Werner Müller* und *Karin Priester* entwickelt hat, positiv beantwortet werden. Während der Partei in ihrer frühen Phase lediglich einzelne rechtspopulistische Elemente nachgewiesen werden konnten oder ihr neben der wirtschaftsliberalen und national-konservativen Strömung auch eine rechtspopulistische zugeschrieben wurde, ist sie spätestens auf Grundlage des neuen Parteiprogramms sowie der anderen analysierten Dokumente umfassend als rechtspopulistische Kraft zu bezeichnen. Mit einer Anti-Establishment-Haltung, einer Berufung auf das „wahre Volk“ und anti-pluralistischen Sichtweisen erfüllt sie alle drei erforderlichen Kriterien. Insofern bestätigt die hier vorgenommene Untersuchung frühere Analysen und bekräftigt sie anhand der neueren Programmatik der AfD.

Hinsichtlich der zunehmenden Diskussion um rechtsradikale oder rechtsextreme Positionen innerhalb der AfD kann an dieser Stelle allerdings kein weiterbringender Beitrag geleistet werden. Zwar vertritt die Partei einzelne nativistische Formulierungen im Parteiprogramm; es fehlt ihr aber eine klare autoritäre Haltung, um beispielsweise nach dem Konzept der populistischen radikalen Rechten von *Cas Mudde* klassifiziert zu werden und damit eindeutig in die Partefamilie des Front National und der FPÖ zu gehören.¹⁰⁶ Die offizielle Programmatik der AfD im Allgemeinen und ihr Grundsatzprogramm im Speziellen sind derzeit am treffendsten mit dem Terminus des Rechtspopulismus zu beschreiben. Dennoch bieten einige aktuelle Entwicklungen – wie der Streit innerhalb der baden-württembergischen Landtagsfraktion über den Umgang mit antisemitischen Positionen, die „Boateng-Äußerung“ von *Alexander Gauland* oder die umstrittene Rede von *Björn Höcke* zur deutschen Erinnerungskultur – Anlass, die weitere Entwicklung der Partei hin zu rechtsextremen Positionen zu analysieren.

Zweitens ist festzuhalten, dass die AfD neben ihrem Wandel zu einer rechtspopulistischen Kraft eine Veränderung von einer teilweise euroskeptischen hin zu einer strikt euroskeptischen Partei vollzogen hat. Ob diese Veränderung durch den Rechtspopulismus begründet ist, dieser für die Intensivierung des Euroskeptizismus verantwortlich ist oder ob gar von einer relativ gleichmäßigen gegenseitigen Wechselwirkung auszugehen ist, sollte in weiteren Studien genauer erkundet werden.

106 Vgl. *Cas Mudde*, a.a.O. (Fn. 33).